

# Landesregierung weiter ohne Plan?!

**Im Dezember letzten Jahres titelte die Saarbrücker Zeitung, dass das Saarland keinen Klimaschutzplan habe. Dabei ist dieser nach Ansicht des BUND dringend notwendig. Das Saarland muss bei Klimaschutz und Energiewende mehr aufs Tempo drücken. Denn die Zeit wird langsam knapp, um die Auswirkungen des Klimawandels begrenzen zu können.**

**A**uf eine Anfrage der Linksfraktion im Landtag hat die CDU/SPD-Landesregierung geantwortet, dass sie kein eigenes Klimaschutzziel für das Saarland bis zum Jahr 2022 festschreiben will. Der aktuelle Koalitionsvertrag sehe keinen eigenen Klimaschutzplan vor, so die Antwort. Für den BUND ist es kein Argument, nur weil etwas im Koalitionsvertrag nicht drin steht, es nicht anzugehen, wenn es die Umstände erfordern. „Wir haben uns immer wieder für ein Klimaschutzgesetz im Saarland eingesetzt mit klaren Zielvorgaben und Plan für die Reduzierung der Treibhausgase. Doch die Landesregierung weigert sich hartnäckig und steht mittlerweile alleine da. Selbst die Bundesregierung will in diesem Jahr ein Klimaschutzgesetz beschließen. Es fehlt ein klares Bekenntnis der Landesregierung zum Klimaschutz und eine Strategie und ein Fahrplan, wie der Klimaschutzbeitrag des Landes aussehen kann“, kommentiert der BUND-Landesvorsitzende Christoph Hassel.

### Handlungsbedarf

**A**uch wenn sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Saarland durch die Abschaltung der Kohlekraftwerke weiter verringern wird, gibt es noch viel Handlungsbedarf, um diesen Ausstoß weiter zu reduzieren wie zum Beispiel im Verkehrsbereich. Auch bei der Steigerung der Energieeffizienz und energetischen Sanierung des Gebäudebestandes hinken wir weit hinter dem her, was eigentlich erforderlich wäre, um einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können. Und auch der Ausbau der erneuerbaren Energien muss weiter vorangetrieben werden. Impulse hierzu erhofft sich der BUND von der kürzlich in Kraft getretenen Verordnung zum Bau von Photovoltaik-Freiflächenanlagen.

### Windkraftnutzung

**N**euere Impulse braucht es bei der Windkraftnutzung, die bei der Umstellung unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien eine wichtige Rolle spielen wird. Obwohl es noch in gewissem Umfang Ausbaupotenziale gibt, tun sich die Kommunen als Träger der Bauleitplanung oftmals schwer, in ihren Flächennutzungsplänen Konzentrationszonen für die Windkraftnutzung auszuweisen. Da klingt es wie eine „Kampfansage“ an die Energiewende, wenn der Vorsitzende der Anti-Wind-BIs Jacob Fuhrmann ankündigt, die Kommunalwahl im Mai diesen Jahres und viele Bürgermeisterwahlen nutzen zu wollen, um für ihre ablehnende Position gegenüber der Windkraftnutzung intensiv zu werben. Und wie ein Hohn klingt es da, wenn Fuhrmann hofft, dass uns das Atomkraftwerk Cattenom als zuverlässiger (Strom-)Lieferant noch lange erhalten bleibt.

**H**ierzu hat der Sprecher des Regionalverbandes Saarland des Bundesverbandes Windenergie (BWE) Henry Selzer erklärt, „dass in den Kommunen sich zeigt, dass es ein zentrales Problem der Politik ist, dass sie nur noch reagiert. Wer sonntags bei jeder sich bietenden Gelegenheit Klimaschutz als nötig darstellt und dann wochentags alles tut, dass es nicht dazu kommt, der schadet dem Kampf gegen den Klimawandel, der verhindert wirtschaftliche Investitionen in Millionenhöhe, der verhindert regionale Wertschöpfung und der beschädigt auch aktiv die in der Bevölkerung eindeutig vorhandene Akzeptanz der Energiewende.“ Auf der Landesebene tun die überzogene und ängstliche Genehmigungspraxis des Landesamtes für Umwelt, die widersprüchlichen Haltungen betroffener Ministerien und auch das unsägliche Waldgesetz das ihre. Aktiver Klimaschutz wird bürokratisch verlangsamt. Er ist politisch unangenehm und so ausgebrems.

**S**o fordert der BWE Saarland in einer Pressemitteilung weiter „die Landesregierung und insbesondere den immer noch irgendwie neuen Ministerpräsidenten Hans auf, eine Kehrtwende in der Klimapolitik des Landes einzuleiten und sich öffentlich und vernehmlich hinter alle Aktivitäten von Investoren, engagierten Bürgern, willigen Bürgermeistern, Räten und Stadtwerken zu stellen und ihnen offensiv den Rücken zu stärken für eine energische Politik der Energie-, Verkehrs- und Wärmewende.“

(ChH)



Repoweringprojekt Holßel im Landkreis Cuxhaven © BWE/Jens Meier